

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 17. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. Juni 2006, 14 Uhr
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

i. V. von Susanne Herold

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Karl-Martin Hentschel

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Heike Franzen (CDU)

Detlef Buder (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht zur Reform der zweiten Phase der Lehrerausbildung	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/343	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 16/607	
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Umdruck 16/906	
hierzu: Umdrucke 16/613 und 16/880	
2. Verbesserung der Schwimmausbildung an schleswig-holsteinischen Schulen	7
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/725	
3. Schutz und Förderung der anerkannten nationalen Minderheiten	8
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/643 (neu)	
4. Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der 314. Tagung der Kultusministerkonferenz vom 1./2. Juni 2006 im Schloss Plön	9
5. „Schleswig-Holstein in Europa: Wir nutzen unsere Chancen“ Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2006 - Europabericht 2006 -	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/641	

6.	Programme für Bildung und Jugend der Europäischen Union	11
	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/712	
7.	AIDS-Prävention hat Vorrang	12
	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/715	
8.	Tätigkeitsbericht 2006 des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein	13
	Drucksache 16/550	
9.	Konfliktprävention und Bildungschancen an Schulen	14
	a) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/728 Nr. 2 und 3	
	b) Mündlicher Bericht der Landesregierung	
	hierzu: Vorlage des Ministeriums für Bildung und Frauen Umdruck 16/871 und Gespräch mit Generalstaatsanwalt Erhard Rex	
10.	Verschiedenes	16

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht zur Reform der zweiten Phase der Lehrerausbildung

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/343

(überwiesen am 11. November 2005)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/607

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Umdruck 16/906

hierzu: Umdrucke 16/613 und 16/880

Dr. Christensen, Leiter des Instituts für quantitative Marktforschung & statistische Datenanalyse in Kiel, stellt einleitend die Ergebnisse des zweiten Evaluationsberichtes vor. Die Beteiligung von 37,5 % der Lehrkräfte in Ausbildung an der Online-Befragung sei extrem hoch; die Nichtrepräsentativität spiele keine Rolle, da sie nicht zu einer Verzerrung der Ergebnisse führe.

Abg. Birk problematisiert die Bewertung der Unterrichtsreflexion in der Modulausbildung des IQSH durch die Lehrkräfte in Ausbildung. Erschreckend seien außerdem die Zufriedenheitswerte der Lehrkräfte in Ausbildung der Sonderschulen sowie der berufsbildenden Schulen mit der Ausbildung durch das IQSH und die mangelnde Teamfähigkeit der Lehrkräfte.

Abg. Wengler stellt fest, dass die Pädagogikanteile durchgängig niedrige Werte erhalten hätten.

Abg. Müller kommt zu dem Fazit, je näher die Ausbildung an der Schule stattfindet, desto besser werde sie bewertet.

Dr. Christensen macht darauf aufmerksam, dass die Lehrkräfte in Ausbildung, die im Vergleich der Bundesländer in Schleswig-Holstein den höchsten Stand an eigenverantwortlichem Unterricht erteilen, den eigenverantwortlichen Unterricht als elementaren Bestandteil der

Ausbildung ansähen. Er regt an, auch die Schulleitungen sowie die Lehrkräfte in Ausbildung nach ihrer Prüfung noch einmal zur Qualität der neuen Lehrerausbildung zu befragen.

Auch die Vorsitzende legt Wert darauf, sowohl die Schulleitungen als auch die Ausbildungslehrkräfte zur neuen Form der Lehrerausbildung zu befragen. Sie stellt klar, dass man die Reform der Lehrerausbildung nicht zurücknehmen könne, sondern durch das Drehen an Schrauben Schwachstellen beseitigen wolle, wie es die Koalitionsfraktionen mit ihrem Antrag Drucksache 16/906 zu erreichen versuchten. Sie geht davon aus, dass die Veränderungen zu Beginn des kommenden Schuljahres umgesetzt werden.

Abg. Spoorendonk äußert, sie unterstütze den Antrag der Koalitionsfraktionen.

St Dr. Meyer-Hesemann bekräftigt noch einmal die Ziele, die die Landesregierung mit der Reform der zweiten Phase der Lehrerausbildung verfolge: Bindung an Standards, Stärkung des Ausbildungsortes Schule, Stärkung der Eigenverantwortung der Lehrkräfte in Ausbildung, Herstellen der Anschlussfähigkeit für weitere Veränderungen im Bereich der gesamten Lehrerausbildung. Sodann skizziert er, welche Konsequenzen man aus der Evaluation ziehe (Umdruck 16/880, Seiten 34 und 35).

Abg. Dr. Klug spricht sich dafür aus, durch eine Regionalisierung der Ausbildung unverhältnismäßig lange Fahrzeiten zu vermeiden, und möchte vom Bildungsministerium wissen, inwieweit sich die Kosten der neuen Lehrerausbildung von den Kosten des früheren Referendariats unterscheiden.

St Dr. Meyer-Hesemann räumt ein, dass die Frage der Fahrwege noch optimiert werden müsse. Im Zuge der Reform der Lehrerbildung habe man 100 Stellen in die Schulkapitel verlagert und gewähre den Ausbildungslehrkräften zwei Entlastungsstunden pro Fach.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/343, zur Kenntnis.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP nimmt der Ausschuss den Antrag der Koalitionsfraktionen, Umdruck 16/906, an.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD lehnt der Ausschuss Nummer 1 des Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 16/607, ab (Nummer 2 des Antrages hat sich durch die Annahme von Nummer 3 des Antrages der Koalitionsfraktionen erledigt).

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verbesserung der Schwimmausbildung an schleswig-holsteinischen Schulen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/725

(überwiesen am 3. Mai 2006)

Der Ausschuss kommt überein, bis zur Sitzung am 24. August 2006 zum FDP-Antrag von

- Landessportverband
- DLRG
- Kommunale Landesverbände
- Landesschwimmverband
- Türkische Gemeinde
- Jugendhilfeausschuss

schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Der Innenminister als Kommunalaufsicht wird gebeten, die Frage zu prüfen, inwieweit die öffentliche Förderung von Schwimmbädern an die Auflage geknüpft werden kann, dass das Schwimmbad den Erfordernissen einer Schwimmausbildung genügt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Schutz und Förderung der anerkannten nationalen Minderheiten

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/643 (neu)

(überwiesen am 22. März 2006 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Europaausschuss, dem Landtag den SSW-Antrag zur Annahme zu empfehlen, wobei der Bildungsausschuss darum bittet zu prüfen, ob das Adjektiv „anerkannten“ durch das Wort „autochthonen“ ersetzt werden sollte.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der 314. Tagung der Kultusministerkonferenz vom 1./2. Juni 2006 im Schloss Plön

St Dr. Meyer-Hesemann berichtet über die Ergebnisse der letzten Tagung der Kultusministerkonferenz (siehe Pressemitteilung der KMK vom 2. Juni 2006): nationaler Bildungsbericht, Bildungsmonitoring, Vereinbarungen zu den Sekundarstufen I und II.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**„Schleswig-Holstein in Europa: Wir nutzen unsere Chancen“
Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2006
- Europabericht 2006 -**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/641

(überwiesen am 24. März 2006 an den **Europaausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Fragen aus dem Ausschuss beantwortet RL Mallkowsky dahin, die Verteilung der EU-Fördermittel auf die einzelnen Schwerpunkte sei noch nicht abgeschlossen. Das Europaministerium werde dem Ausschuss eine Liste der in der vergangenen ESF-Programmperiode geförderten Maßnahmen zuleiten.

Auf Fragen der Abgeordneten Dr. Klug und Birk erwidert St Dr. Meyer-Hesemann, das Antragsverfahren laufe über nationale Agenturen; man sei zuversichtlich, zu einer Vereinfachung der Verfahrensweisen kommen zu können.

Der Ausschuss nimmt den Europabericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Programme für Bildung und Jugend der Europäischen Union

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/712

(überwiesen am 4. Mai 2006 an den **Europaausschuss**, den Bildungsausschuss
und den Sozialausschuss)

Abg. Spoorendonk möchte von der Landesregierung wissen, inwieweit das Comenius-Programm für die Förderung der Minderheitensprachen, zum Beispiel Friesisch, genutzt werden könne.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Europaausschuss, dem Landtag den Bericht zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

AIDS-Prävention hat Vorrang

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/715

(überwiesen am 5. Mai 2006 an den **Sozialausschuss** und den Bildungsaus-
schuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Sozialausschuss, dem Landtag den Bericht zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Tätigkeitsbericht 2006 des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein

Drucksache 16/550

(überwiesen am 5. Mai 2006 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse)

Dr. Weichert, Leiter des ULD, fordert, dass eine Videoüberwachung an Schulen nur im Ausnahmefall und nach Rücksprache mit dem Datenschutz angewendet werde (zum Beispiel zum Zwecke des Objektschutzes). Außerdem mahnt er die Einhaltung des Datenschutzes bei wissenschaftlichen Studien an (zum Beispiel zu Dickleibigkeit, Rauchen, Handy-Nutzung). Bei der Gestaltung von Schulhomepages dürften Fotos nur mit Einwilligung der Betroffenen ins Netz gestellt werden. Datenschutzrechtliche Probleme gebe es ferner bei der in der Schulgesetznovelle vorgesehenen Datenübermittlung von Schulen an die Bundesagentur für Arbeit und der Schulstatistik.

Der Bildungsausschuss und St Dr. Meyer-Hesemann hingegen halten es für notwendig, Informationen von Schulabgängern an die Arbeitsagentur weiterzugeben, um insbesondere Jugendliche ohne Schulabschluss nicht in ein Loch fallen, sondern ihnen optimale Qualifizierungsmaßnahmen angedeihen zu lassen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag den Tätigkeitsbericht des ULD zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Konfliktprävention und Bildungschancen an Schulen

- a) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/728 Nr. 2 und 3

(überwiesen am 3. Mai 2006)

- b) Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 3. Mai 2006 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Vorlage des Ministeriums für Bildung und Frauen
Umdruck 16/871 und

und Gespräch mit Generalstaatsanwalt Erhard Rex

St Dr. Meyer-Hesemann verweist auf die vom IQSH erstellte Übersicht mit Befunden, Maßnahmen und Informationen zum Thema „Gewaltprävention an Schulen“, Umdruck 16/871.

Generalstaatsanwalt Rex führt aus, die Kriminalität von Jugendlichen und Heranwachsenden habe in den letzten zehn Jahren um 100 % zugenommen. Über Zahlen zur Gewaltkriminalität an Schulen verfüge er nicht; allerdings sei die Gewaltkriminalität von Russlanddeutschen an Schulen nachgewiesen Besorgnis erregend hoch.

Um mit dem Problem der Gewalt an Schulen besser fertig zu werden, unterbreitet der Generalstaatsanwalt dem Ausschuss neun Anregungen. Erstens: Die Diagnose und Zusammenarbeit zwischen Bildungsministerium, Staatsanwaltschaft und Polizei müsse verstärkt werden.

Zweitens: Bildungsministerium, Staatsanwaltschaft und Polizei sollten ihre Informationen gegenseitig austauschen und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten suchen.

Drittens: Lehrkräfte sollten dazu angehalten werden, Straftaten auch anzuzeigen.

Viertens: Das in Lübeck praktizierte Modellprojekt „Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen“ sollte auf das ganze Land ausgeweitet werden.

Fünftens: Auch das Programm „Prävention im Team“ sollte verbreitert, seine Akzeptanz verstärkt und seine Umsetzung überprüft werden.

Sechstens: Ausgebaut werden sollte die Diversionserledigung durch die Polizei.

Siebtens: Bei Intensivtätern sollten alle Verfahren zusammengefasst, schnellstmöglich angeklagt und zum Abschluss gebracht werden.

Achtens: Die gemeinsame Arbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Landeskriminalamt und Generalstaatsanwalt in der so genannten Strategiekommision sollte fortgesetzt werden.

Neuntens: Vermehrt angewendet werden sollte das Instrument der so genannten Fallkonferenz, in der alle Beteiligten (Staatsanwaltschaft, Polizei, Eltern, Jugendamt, Betreuungseinrichtung, Schule und so weiter) gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten suchten.

Abg. Birk betont die Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendhilfe und außerschulischem Bereich. Vor dem Hintergrund der jüngsten Gewaltdarstellungen auf Handys mahnt sie kreative Strategien im Umgang mit Medien an und gibt der Prävention den Vorzug vor repressiven Maßnahmen.

Abg. Dr. Klug thematisiert den Umgang mit noch nicht strafmündigen jugendlichen Tätern.

Generalstaatsanwalt Rex stellt noch einmal die Zusammenarbeit aller beteiligten Ebenen in den Vordergrund. Jugendamt und Familiengerichte seien aufgefordert, etwas früher einzugreifen und das Recht der Familie auf Erziehung nicht so hoch zu halten, dass die Erziehung und Persönlichkeit der Jugendlichen dabei kaputtgehe. Es sei bedauerlich, dass die Erziehungsaufgabe von vielen Eltern nicht mehr in ausreichendem Maße wahrgenommen werde. Er macht deutlich, dass man in Schleswig-Holstein keine Berliner Verhältnisse habe und mit weniger medienwirksamen Methoden und viel Sacharbeit noch eine ganze Menge bewirken könne.

Im Interesse eines größtmöglichen Konsenses modifiziert Abg. Birk den ersten Satz unter Punkt 2 ihres Antrages wie folgt: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, der zunehmenden Gewalt an Schulen mit gezielten Maßnahmen der Konfliktbewältigung und Prävention zu begegnen.“ - Die Beschlussfassung über den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird bis zur Sitzung am 24. August 2006 zurückgestellt.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Auf Vorschlag der Vorsitzenden beschließt der Ausschuss, sich am Donnerstag, 6. Juli 2006, 14:00 Uhr bis 15:30 Uhr in Padborg vom Kontor der Region Sønderjylland Schleswig über die Sprachenkampagne für mehr Deutsch und Dänisch im Grenzland informieren zu lassen.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 17 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer